PLATTFORM NEWS

PN 2/2010

NACHRICHTEN DER ÜBERPARTEILICHEN PLATTFORM GEGEN ATOMGEFAHREN (PLAGE) NOVEMBER 2010 · EURO 2,–

Bitte vormerken: PLAGE-Hauptversammlung (siehe Seite 12)

„Solarpapst" Hermann Scheer (1944-2010):

Ein Unbequemer. Aufrecht. Unbeugsam. Demokratisch bis in die Wolle.

Die Nachricht bleibt einem im Magen sitzen. Man hat Mühe, es wahrzuhaben: Hermann Scheer, der große – größte? – Erneuerbare-Energienstratege, ist Mitte Oktober unerwartet gestorben. Drei Jahrzehnte Mitglied des Deutschen Bundestages (MdB); Begründer und Präsident der Europäischen Vereinigung für Erneuerbare Energien EUROSOLAR e.V.; Vorsitzender des Weltrats für Erneuerbare Energien (WCRE); mit dem Grünen Hans-Josef Fell der Kopf und Motor hinter dem weltweit modellhaften deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG); „Hero of the Green Century" (TIME Magazine, zum Welt-Umweltgipfel 2002 in Südafrika); Träger des Alternativen Nobelpreises; ebenso unermüdlicher wie brillanter Vortragender und messerscharfer Denker; loyal seinen Gesinnungsgenossen gegenüber, gleichzeitig aber bereit, ihnen ins Angesicht zu widerstehen: den NATO-Einsatz in ex-Jugoslawien ohne UN-Mandat nannte er „ein Kriegsverbrechen". Scheer war unbequem – fallweise also auch für die eigenen Freunde. Für die Energielobby sowieso. Aber durchaus freundlich im persönlichen Umgang und zugänglich für jegliche Energie-Interessierten. Überzeugt von seiner Vision, aber nicht ins Blaue, nicht träumend-euphorisch, sondern argumentativ bis ins Letzte. Etwas hochmütig dabei höchstens gegenüber den mächtigen Baronen der Energiewirtschaft und deren „Huren" in der Wissenschaft. So habe ich Hermann Scheer in und nach Veranstaltungen kennengelernt. Der Verlust für die deutsche, europäische und internationale Energiepolitik pro Erneuerbare ist nicht abzuschätzen. Gerade erst war ihm nach jahrelangem Ringen die Gründung der Internationalen Erneuerbare-Energien-Agentur (IRENA) gelungen. Ich bin sicher, daß in der Atom- und Kohlelobby bzw unter den marktbeherrschenden Stromkonzernen Deutschlands (den "Big Four") einige Sektkorken geknallt haben! (So wie im November 1970 in Frankreich, als französische Algerien-Rückwanderer mit Champagner auf den Tod von ex-Staatspräsident Charles de Gaulle anstießen, weil er den Algerienkrieg mit dem Zugeständnis der Unabhängigkeit für die ehemalige Kolonie beendet hatte…)

→

Laufzeitverlängerungen, Katastrophenschutz & Co.:

München evakuieren? Salzburg evakuieren?!

Experten, PLAGE und Landeshauptfrau stehen Rede und Antwort

Freitag, 19. November 2010*

Ort: ORF-Publikumsstudio, Salzburg*

Am Podium: ~~Landeshauptfrau~~ „drückt sich!" **Gabi Burgstaller***
Mag. Norbert Altenhofer, Katastrophenschutzreferent Land Salzburg*
Ministerialdirigent NN, Bayerischer Katastrophenschutz*
Univ.-Prof.Dr.DI Wolfgang Kromp, Institut für Risikowissenschaften, Wien*
Mag. Heinz Stockinger, Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE)*

** All diese Angaben sind nunmehr fiktiv: ohne die LHF macht die Veranstaltung wenig Sinn. Daher findet sie nicht statt: (Fortsetzung seite 2)*

Wovon in den Nachrufen auf Hermann Scheer kaum die Rede ist: sein Buch **„Die Politiker".** Ich halte es im Grunde für ebenso wichtig wie seine Bücher zur Energiewende, zum Solarzeitalter.* Diesen gegenüber ist es ein wenig untergegangen. Sehr schade. Für mich ist diese Analyse der Politakteure und ihres Umfeldes

1) – gepaart mit der üblichen rhetorischen Brillianz bzw sprachlichen Genauigkeit plus Verständlichkeit Scheers –
2) die treffendste, scharfsinnigste, gezielteste, weil kaum je jemand so wie Scheer die Außensicht und aus langer eigener Tätigkeit die Innensicht der Politik in solchem Maße verbindet;
3) damit auch die nützlichste, weil sie den Wirklichkeiten direkt und glasklar ins Auge sieht und, nach deren Darstellung und Analyse, im letzten Kapitel auch realitätsnahe Vorschläge für eine Stärkung politischer Rechtschaffenheit macht. (Diese sind schwierig genug umzusetzen, aber jedenfalls sind sie nicht von der häufigen traumtänzerischen und appellierenden Sorte „Die Politiker *müssen* wieder so oder so werden/handeln" u.ä., sondern stellen auf der Basis der gründlichen Analyse die bei beharrlichem Willen möglichen Verbesserungen vor Augen.)

Heinz Stockinger, PLAGE

Eines seiner letzten Interviews im Film: http://www.democracynow.org/2010/10/15/hermann_scheer_1944_2010_german_lawmaker

Auf Seite 12 stellen wir Ihnen einige Bücher von Hermann Scheer vor.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Diese hochaktuelle Diskussion sollte in erstmaliger Kooperation zwischen PLAGE und der großen regionalen Gratiswochenzeitung Salzburger Fenster stattfinden: Wann, wenn nicht jetzt sollte sich die Landeshauptfrau – als oberste Verantwortliche für den Katastrophenschutz im Land – mit dem Thema öffentlich auseinandersetzen: AKW-Laufzeitdebatte in Deutschland einerseits, Rotschlamm-Umwelt-GAU in Ungarn andrerseits?! Doch nach längerem Hinhalten und trotz vielem Bemühen fand sich Salzburgs Landeshauptfrau nicht bereit, sich dem Thema zu stellen.

Mit ihrem Nichtantreten hat LHF Burgstaller auch eine Chance vergeben, sich konkret in die Atomdebatte in Bayern einzumischen. Denn bayerische Presse vom Freilassinger Anzeiger bis zur Süddeutschen Zeitung, vielleicht auch Radio und TV, würden wohl von einer derartigen Veranstaltung berichten. Zumal weil die Teilnahme der Salzburger Landeshauptfrau es der bayerischen Regierung schwer gemacht hätte, ihrerseits keinen Vertreter zu entsenden. Offenbar liegt LHF Burgstaller nicht daran, das Thema offensiv und grenzüberschreitend zu betreiben.

Wir hatten in unserer Planung auch eine Variante nur mit Fachbeamten angedacht. Für eine Publikumsveranstaltung braucht es jedoch die politisch Verantwortliche: die Diskussion am Podium wie mit dem Publikum kann sehr leicht Fragen, Vorschläge und Forderungen aufwerfen, auf die nur die Entscheidungsträgerin eingehen kann; mit dem Fachbeamten wären wir in solchen Fällen blockiert. (Auch als die PLAGE im „Ringen" um die Teilnahme Burgstallers das Zugeständnis machte, den obersten Fachreferenten, Mag.iur. N. Altenhofer, mit aufs Podium zu nehmen, gab es kein Ja von ihrer Seite.)

Funktionieren Pläne und Politik im Ernstfall?

Aufkündigung des Atomausstiegs durch die Merkel-Regierung, unverantwortliche Laufzeitverlängerung vor allem für das älteste deutsche AKW, Isar-1 bei Landshut: das war der aktuelle Anlass für die Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE), in Sachen Evakuierungspläne für den Fall des Super-GAUs bei den bayerischen und Salzburger Behörden auf den Busch zu klopfen:

- Was steht in den Katastrophenplänen?
- Warum verheimlichen die bayerischen Behörden – laut dortigen Atomgegnern – z.B. den Evakuierungsplan für München?
- Kennen wenigstens die Salzburger Katastrophenschützer die Vorkehrungen für den Ernstfall?
- Sind rascheste Informationsübermittlung und Koordination der Schutzmaßnahmen grenzüberschreitend gewährleistet?

Denn, selbst wenn die besten Vorkehrungen unter Umständen gegen die Ausbreitung der Radioaktivität gar nichts nützen: sie sind das mindeste, das die Menschen – und ein AKW-freier Nachbarstaat – erwarten können.

Politiker stellen sich selbstverständlich auch bei Fachthemen der öffentlichen Debatte: bei Gesundheit, Ernährung, Bildung, Verkehr, Energie, Bauprojekten usw. Im Unterschied zu diesen ist der atomare Katstrophenfall nicht alltäglich gegenwärtig. Politiker drücken sich daher gerne davor. Ihre Atompolitik wäre aber engagierter, nachhaltiger, wenn sie sich mit diesem Ernstfall bis ins konkrete Detail auseinandersetzten. Es wäre der Landeshauptfrau gut angestanden, dies in der Öffentlichkeit unter Beweis zu stellen. Sie wollte nicht. Nicht einmal, obwohl der ungarische „Umwelt-GAU" in Kolontár – ein „Lercherl" gegenüber einem extremen Atomunfall – gerade ein Beispiel geliefert hat, wie schnell der Ernstfall eintreten kann.

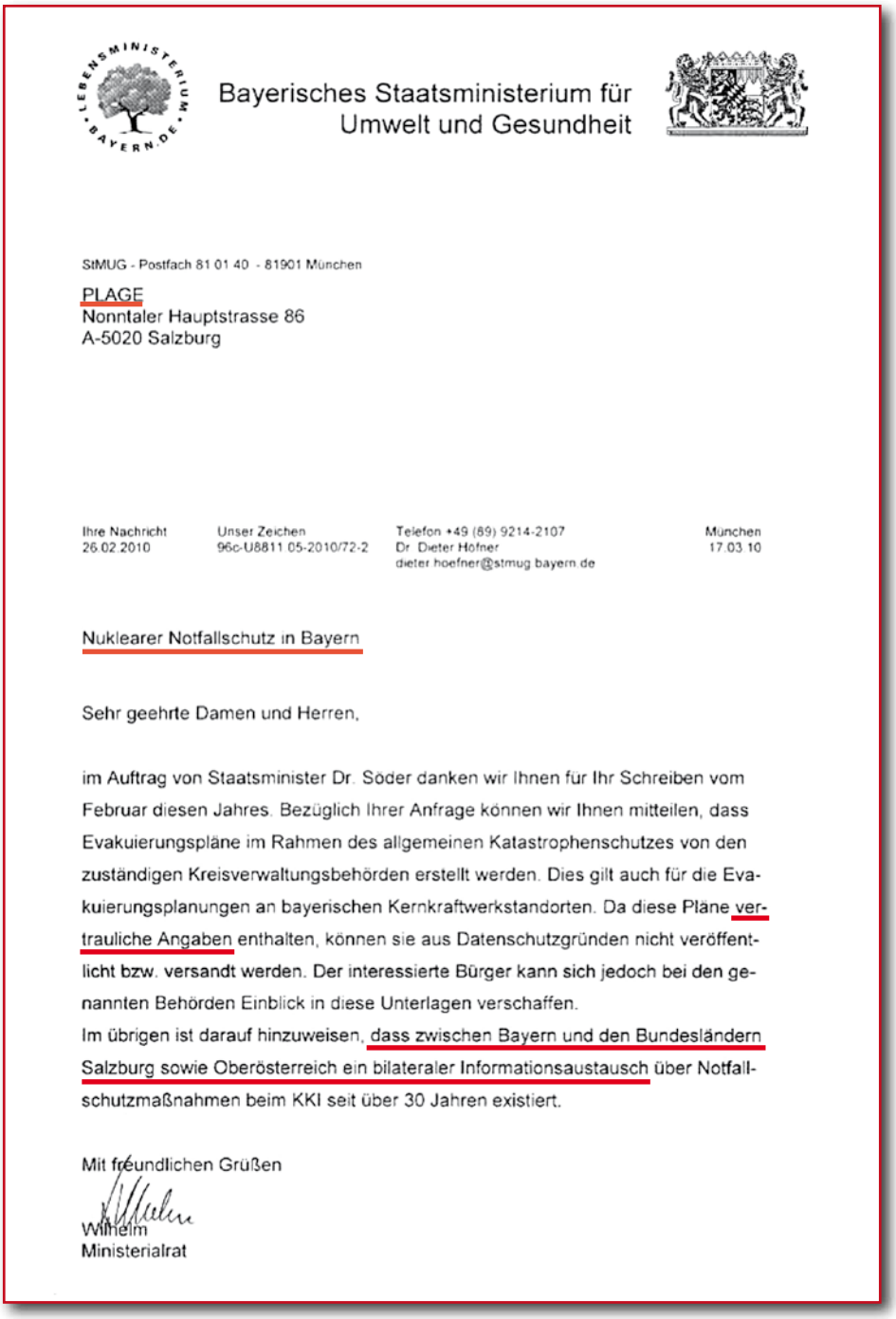
SAGER

„Das Atomkraftwerk Isar-1 liegt in Hauptwindrichtung zu Salzburg."

Dipl.-Ing. WILLAU, Amt der Salzburger Landesregierung, in der Landtagssitzung am 21.10.10 als geladener Experte der Abteilung Umweltschutz zum Fall einer massiveren Freisetzung von radioaktiven Stoffen aus der Atomanlage in Ohu bei Landshut.

„Das einzig Nachhaltige an der Atomenergie ist das nachhaltige Risiko!"

Bundeskanzler Werner FAYMANN am letzten Septemberwochenende als Gastredner beim SPD-Parteitag in Berlin. Und: „Nuklearenergie ist keine nachhaltige Energienutzung für die kommenden Generationen." Beachtlich auch, daß der Kanzler diesen aktuellen Vergleich zieht: „Denjenigen, die uns gesagt haben, ‚Das kann man technisch beherrschen, Endlager für Tausende, ja Zehntausende von Jahren sind kein Problem', haben wir gerade bei der Beherrschbarkeit zugesehen – als sie nicht gewußt haben, wie sie eine Ölkatastrophe wieder in den Griff bekommen. Das sind doch dieselben, die uns von der Sicherheit der Atomkraft erzählen." Ob die österreichische Bundesregierung sämtliche Handlungsoptionen nachhaltig verfolgt, scheint trotz dieser Kanzler-Ansage fraglich…



Bayerisches Staatsministerium für
Umwelt und Gesundheit

StMUG - Postfach 81 01 40 - 81901 München

PLAGE
Nonntaler Hauptstrasse 86
A-5020 Salzburg

Ihre Nachricht	Unser Zeichen	Telefon +49 (89) 9214-2107	München
26.02.2010	96c-U8811.05-2010/72-2	Dr. Dieter Höfner dieter.hoefner@stmug.bayern.de	17.03.10

Nuklearer Notfallschutz in Bayern

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Auftrag von Staatsminister Dr. Söder danken wir Ihnen für Ihr Schreiben vom Februar diesen Jahres. Bezüglich Ihrer Anfrage können wir Ihnen mitteilen, dass Evakuierungspläne im Rahmen des allgemeinen Katastrophenschutzes von den zuständigen Kreisverwaltungsbehörden erstellt werden. Dies gilt auch für die Evakuierungsplanungen an bayerischen Kernkraftwerkstandorten. Da diese Pläne vertrauliche Angaben enthalten, können sie aus Datenschutzgründen nicht veröffentlicht bzw. versandt werden. Der interessierte Bürger kann sich jedoch bei den genannten Behörden Einblick in diese Unterlagen verschaffen.
Im übrigen ist darauf hinzuweisen, dass zwischen Bayern und den Bundesländern Salzburg sowie Oberösterreich ein bilateraler Informationsaustausch über Notfallschutzmaßnahmen beim KKI seit über 30 Jahren existiert.

Mit freundlichen Grüßen

Wilhelm
Ministerialrat

Nachfragen nach Atom-Katastrophenplänen:

Ist da jemand?

Kleine Chronologie von März 2010 bis …

Jahresanfang 2010:

Die PLAGE erhält die Mitteilung einer **Aktion des Nuclear Free Future Award (NFFA, München) „Evakuierungsplan für München geheim“** (im Falle eines Super-GAUs in Ohu). Es ging darum, ein Kuvert mit diesem Aufdruck an die bayerische Regierung zu schicken: im Umschlag war ein leeres Blatt – als Symbol dafür, daß der Evakuierungsplan nicht zugänglich ist.

26. Februar 2010:

PLAGE ersucht den bayerischen Umweltminister SÖDER um den Evakuierungsplan und um Mitteilung der eventuellen – hoffentlichen! – Koordination mit den Salzburger bzw österreichischen Stellen. Ministerialrat Wilhelm antwortet im Auftrag Söders am 17.3.2010 – siehe Faksimile oben. Unter anderem: Evakuierungspläne sind – auszugsweise – auf den bayerischen Kreisämtern einsehbar.

5. März 2010:

PLAGE-Rundschreiben an alle Salzburger Verantwortlichen, die zentral oder am Rande für Katastrophenschutz im Falle eines atomaren Super-GAUs zuständig wären: Landeshauptfrau, Bürgermeister der Landeshauptstadt, zur Kenntnis an alle Fraktionen in Landtag und Gemeinderat…

Recht verlegen wirkende Antworten von LHF Burgstaller und allen weiteren 4 – 5 Antwortern: Sie geben geradezu zu, **keinerlei Ahnung** zu haben; man merkt, daß sie die Anfrage komplett überrascht. Verschiedentliche Versprechen, sich kundig zu machen, die Anfrage an kompetente(re) Stelle weiterzuleiten. **Doch bis heute nicht die geringste substantielle Information.**

Zum einen erhielt die PLAGE zu obigem Betreff offiziellerseits ein E-Mail von **Umweltstadtrat Johann Padutsch,** laut welchem er den Herrn Magistratsdirektor um Auskunft auf die PLAGE-Anfrage ersucht hat.

Zum anderen brachte **FPÖ-Klubobmann Andreas Schöppl** am 8.3.2010 eine offizielle **Anfrage an Bgm. Heinz Schaden** ein.

8. März 2010:

„Vielen Dank für Ihr Schreiben vom 5.3.2010, das ich an Herrn Mag. Norbert Altenhofer vom Referat für Katastrophenschutz weitergeleitet habe.“
Hubert Weinberger, Leiter der Präsidialabteilung der Salzburger Landesregierung

11. März 2010:

„Ich habe Ihre E-Mail betreffend den Evakuierungsplan für das AKW OHU für München an das Referat für Katastrophenschutz zur Überprüfung weitergeleitet und um Information an mich ersucht. Sobald mir eine Stellungnahme vorliegt, werden Sie informiert.“
Gabi Burgstaller, Landeshauptfrau

15. März 2010:

„Ich darf Ihnen mitteilen, dass Ihre Anfrage von der zuständigen Abteilung 1 (Katastrophenschutz) im Wege des politischen Ressorts LHF (Landeshauptfrau, Anm.d.Red.) beantwortet wird.“
Constanze Sperka-Gottlieb, in der Abteilung für Umweltschutz beim Amt der Landesregierung zuständig für Atomfragen

Allerdings – ein halbes Jahr später …

…noch immer nichts Konkretes auf die PLAGE-Anfrage von Anfang März bzgl. Katastrophenschutzplänen

8. Septeber 2010:

Erst dank einem ORF-Interview mit LHF Burgstaller in Salzburg heute, das sich an den ORF-Lokalaugenschein mit PLAGE-Sprecher Stockinger beim AKW Isar-1 anschloß (> siehe S. 7), war zu erfahren, daß im Land Salzburg ein neuer Strahlenschutzplan für den Katastrophenfall in Ausarbeitung ist.

16. September 2010:

PLAGE erinnert Landeshauptfrau Burgstaller daher an ihre knappe Ankündigung vom März (> s. oben): Die unerklärlich lange Funkstille „nährt kaum das Vertrauen, daß bei – wie wir wissen, äußerst unwahrscheinlichem – Eintreten des ‚Ereignisfalles' die bayerische und/oder Salzburger /österreichische Seite ohne gröbere Probleme bei der Reihung, Koordination und Durchführung der menschenmöglichen Maßnahmen zu reagieren in der Lage gewesen wären."
Und wir legen der LHF **Handlungsmöglichkeiten bzw -erfordernisse** dar (> s. Kasten rechts).

6. Oktober 2010:

PLAGE lädt LHF Burgstaller zur Katastrophenschutz-Diskussion ein, um den Fragen vom 16.9. nun öffentlich auf den Grund zu gehen: Wie sehen die Einsatzpläne tatsächlich aus? Wie sind sie grenzüberschreitend abgestimmt? Sind sie es überhaupt? Sind sie praktikabel, können sie dem Wirklichkeitstest standhalten? Was kann sie im Ernstfall über den Haufen werfen? Welchen Schadenersatz kann/muß es geben?

13. Oktober 2010:

Erst in einem Telefonat mit Burgstaller-Kabinettschefin Dr. Kavalir stellt sich Mitte Oktober heraus: Auf die PLAGE-Anfrage vom März hin wurde von Burgstaller eine Stellungnahme des Katastrophenschutzreferats angefordert, die auch an die PLAGE gehen sollte. **Panne:** Laut Dr. Kavalir **schickte das Referat die Stellungnahme an das LHF-Büro und – statt an die PLAGE – an sich selbst!** Da kann man nur hoffen, daß im Atompannen-Fall kein derartiger Übermittlungsfehler passiert!!!

19. Oktober 2010:

Trotz **zugesagter Entscheidung bis spätestens 18.10.** mittag, ob die Landeshauptfrau an der geplanten Diskussion teilzunehmen bereit ist, trifft diese auch noch nicht einmal am 19. ein. Die ordentliche Weiterplanung der Veranstaltung – ohnehin durch das Schweigen und Hinhalten der LHF verzögert – ist nun für einen Novembertermin nicht mehr zu gewährleisten. (Danach – Adventzeit – ungünstig.) Die PLAGE stellt die **Planung daher ein.**

Handlungsmöglichkeiten*

Es gilt, den möglichsten Druck aufzubauen. Und zur Einengung des politischen Spielraums der deutschen bzw bayerischen Betreiber des „Ausstiegs vom Ausstieg" nach Kräften beizutragen. Hiebei sind nicht nur in der Opposition und beim Großteil der (auch CDU-CSU und FDP-)Kommunalpolitiker jenseits der Grenze Verbündete zu finden. Widerhall und Verstärkung ist auch von den deutschen Medien zu erwarten. Das haben das Interview des SPIEGEL mit dem österreichischen Umweltminister Berlakovich und andere Berichte gezeigt. Es ist also nicht aller Tage Abend.
Daher hat die PLAGE den Verantwortlichen, insbesondere LHF Gabi Burgstaller, folgende Vorschläge für offensiveres Handeln unterbreitet (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

- Österreichische Bundesregierung: nachdrücklicher Einsatz **für die Beibehaltung des „Abschaltzeitpunkts des AKW Isar 1 im Jahr 2011,** planmäßig entsprechend dem deutschen Atomausstiegsgesetz" (wie von Salzburgs Umwelt-Landesrat Blachfellner gefordert). Auch wenn der Deutsche Bundestag die Beschlüsse der Regierung Merkel-Westerwelle absegnet, macht die Forderung noch Sinn: Zumindest solange sich die deutsche Länderkammer (Bundesrat) damit auseinandersetzt und gar eventuelle Klagen vor dem deutschen Verfassungsgericht anhängig und in der Debatte sind. Und schon beim geringsten Zwischenfall in einer der deutschen Atomanlagen würde die Forderung plötzlich wieder schlagend.
- Einforderung maximaler **Sicherheits-Nachrüstungen** vor allem für das halbe Dutzend Reaktoren der ältesten Baureihe, mit Isar-1 (=Ohu-1) bei Landshut an der Spitze. In die entsprechenden Fachgremien **österreichische Experten hineinreklamieren!**
- Die **Katastrophenschutz- bzw Evakuierungspläne** zumindest der bayerischen AKWs endlich offenlegen! Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, zu erfahren, was im Fall des Falles auf sie zukäme. Und wie Katastrophenschutzmaßnahmen von den deutschen mit den hiesigen Landes- und Bundesstellen abgestimmt sind.
- **Bilaterale Sonderregelungen zur Atomhaftung** aushandeln – möglichst nahe am österreichischen Atomhaftungsgesetz 1999, dem strengsten weltweit. Darauf wird sich die deutsche Seite höchst ungern einlassen. Umso unbeirrter ist die Haftung für Schäden, die in Österreich durch weiterbetriebene deutsche AKWs entstehen könnten, zu thematisieren. Wahrscheinliche Mitstreiter findet Österreich auf seiten der deutschen Opposition.

Zusätzlich, laut oberösterreichischem Antiatom-Beauftragtem:

- Radko Pavlovec ist der Ansicht, durch den deutschen Bundestagsbeschluß zur Laufzeitverlängerung wurden „nicht nur das EU-Recht, sondern auch deutsche Gesetze gebrochen". Denn die gesetzlichen Bestimmungen verpflichteten zur Durchführung einer **grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)** noch vor allfälligen Bundestagsbeschlüssen! Sollte Deutschland dieser Verpflichtung nicht nachkommen, muß, so Pavlovec, **„Österreich unverzüglich ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten** und den **Europäischen Gerichtshof anrufen."** *(Nach Kronenzeitung v. 5.10.10)*

Salzburger Gemeinderat protestiert

Homola, SPÖ

Hüttinger, BLG

Am 20. September 2010 verabschiedete der Gemeinderat der Landeshauptstadt Salzburg folgenden „Dringlichkeitsantrag* gem. § 14 GGO betreffend Atomkraftwerke Isar 1 und Isar 2": **„Der Gemeinderat der Stadt Salzburg protestiert schärfstens gegen die geplante Rücknahme des deutschen Atomausstieges** und fordert die deutsche Bundesregierung auf, eine Verlängerung der Laufzeit der deutschen Atomkraftwerke, insbesondere der Atomkraftwerke Isar 1 und Isar 2, zu unterlassen."

** Gezeichnet Chr. Homola (SPÖ), Chr. Fuchs (ÖVP), H. Hüttinger (Bürgerliste), A. Schöppl (FPÖ), D. Tazl (Liste Tazl).*

Tazl, Liste Tazl

Chr. Fuchs, ÖVP

Schöppl, FPÖ

PLAGE an Salzburgs Stadtoberhaupt
(17.9.2010, Auszug)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Betr.: Evakuierungsplan & Laufzeitverlängerung KKI*-1

[…] Wir sind gehen völlig mit einer allfälligen Ansicht konform, im ärgsten vorstellbaren Szenario eines Super-GAUs könnten auch gut durchdachte und koordinierte Schutzversuche nicht viel bewirken. Auch ist natürlich zuoberst der Bund und sodann das Land zuständig. Desgleichen stimmen wir Ihrer im Stadtblatt vom 14.4.10 wiedergegebenen Aussage zu: „Sollte wirklich etwas passieren, hätte ein alleiniges und isoliertes Arbeiten sowieso keinen Sinn.“ Doch eben darum, ob und inwieweit vor allem von bayerischer Seite alles zur Koordination Nötige vorbereitet und mitgeteilt wird, ging es unter anderem in unserer Anfrage. Ähnliche oder annähernde Fälle haben ausreichend gezeigt, daß übergeordnete staatliche Stellen nicht unbedingt unverzüglich Informationen selber erhalten und weiterleiten, die nötigen und zweckmäßigsten Maßnahmen einleiten usw. Ein „allgemeiner Notfallplan“, auf den Sie sich im „Stadtblatt“ berufen, wäre bei einem atomaren Super-GAU hoffnungslos unzureichend. Auch sollten wohl eine Landeshauptstadt und ein Bundesland bei den Voraussetzungen und Kriterien atomarer Katastrophenpläne und bei deren periodischer Aktualisierung mitreden können. (Zusammen mit der Nichtauskunft seitens der Landesstellen) ist der entstandene Eindruck so, als müßten sich viele (Zuständige!) erst so richtig erkundigen, was mit wem auf welcher Grundlage zu tun sei. […]

* KKI-1: Kernkraftwerk Isar-1, nach der Ortschaft bei Landshut auch Ohu-1, der älteste am Netz befindliche deutsche (Siedewasser-)Reaktor.

Blamage made in Germany
„Die Einweisung in die Psychiatrie wäre garantiert.“
Atom-Haftpflicht: Zahle für 1, betreibe 17

Merkel und Westerwelle, Deutschlands Kanzlerin und Vizekanzler, hofieren nun jene Atomkraftwerksbetreiber, die sich 2001 unter Rot-Grün verpflichtet haben, ihre potenziellen Todesbomben innerhalb eines vorgegebenen Zeitraumes abzuschalten. Versüßt wurde ihnen dieser Ausstiegskonsens mit einem jährlichen Reibach von sechs Milliarden Euro – sie zahlen ihre Haftpflichtversicherungsprämie nur für ein Atomkraftwerk statt für alle 17. Stellen Sie sich vor, Sie gehen mit 16 Nachbarn zur nächsten Versicherung und bringen vor, nur für eine Versicherungspolizze löhnen zu wollen. Die Einweisung in die Psychiatrie wäre garantiert.
Die AKW-Betreiber sahnen seit Jahren steuerfreie Rückstellungen für die Endlagerung des Atommülls ab, ohne endzulagern. Und sie ersparten sich bisher die Besteuerung der atomaren Brennstäbe. Damit sollten aus der Sicht von ex-SPD-Kanzler Schröder & Co. die Stromkosten niedrig gehalten werden. Aber just das Gegenteil war der Fall: Da sich die Stromkosten an den jeweils höchsten Produktionskosten an der Leipziger Strombörse orientieren, erweist sich der Strom aus den abgeschriebenen AKWs als Gelddruckmaschine par excellence. Eine Million Euro lassen sich mit einem abgeschriebenen Atomkraftwerk verdienen: pro Tag. Was Wunder, daß sie ihre zügellose Gier mit der Laufzeitverlängerung weiter befriedigen wollen.

(Nach ökoenergie, Zeitschrift des Biomasseverbandes, Leitartikel, Okt. 2010.)

Der ultimative Kniefall vor der Atomlobby

(Ewigkeitsträchtig, dieser Kniefall, ärger noch als die Laufzeitverlängerung. – Anm.d.Red.)

In Deutschland, unserm Nachbarland,
ist Merkel außer Rand und Band!
sie will – da bin ich ehrlich platt –
ohne Kontrolle an „Privat“
- und das ist wirklich ihr Bestreben –
die Atommülllagerung vergeben!
(…)
Ist Frau Merkel denn nicht klar,
wie riesengroß hier die Gefahr?
Zudem soll’s ‘ne Firma machen,
die übrhaupt von solchen Sachen
keinen blassen Schimmer hat!
Ich hab die Merkel langsam satt…

(In: Kronen-Zeitung, 27.8.2010)

Bei Beschluß gegen deutsche Atompolitik im Salzburger Landtag:
GRÜNE fordern „atomstromfreie" Salzburg AG

In einer gemeinsamen Resolution protestierten am 20.10. alle vier Salzburger Landtagsfraktionen gegen die Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke. Daß das Thema Atomkraft den Landtag künftig auch im eigenen Wirkungsbereich beschäftigen wird, dafür sorgte ein weiterer Beschluß: Auf Initiative der GRÜNEN verständigten sich die Fraktionen darauf, dass die Salzburg AG dem Landtag die Herkunft ihres Strommixes lückenlos darzulegen hat.
"Wenn wir es mit unserem Nein zur Atomkraft ernst meinen, dann werden wir uns im Landtag auch darüber unterhalten müssen, wie wir unseren eigenen Energieversorger atomstromfrei halten. Für diese mit Sicherheit heiße Debatte brauchen wir die Datenbasis", erklärte LAbg. Astrid Rössler, die Energie- und Umweltspre-

cherin der GRÜNEN. Der Salzburg AG wurde die Frist gesetzt, bis Ende dieses Jahres den Landtagsfraktionen nun lückenlos Aufschluss über die Herkunft ihres in- und ausländischen Stromabsatzes zu geben.

Ausgangsbasis für den Grünen Entschließungsantrag: die jüngste Greenpeace-Studie, wonach die Salzburg AG ihre Kund/inn/en zu 13 Prozent mit Atomstrom beliefert. Noch viel gravierender dürfte das Problem nach Ansicht Rösslers aber bei den Stromhandelsgeschäften der Salzburg AG sein: „Die Versorgung der 250.000 Salzburger Haushalte nimmt nur noch einen Bruchteil des Gesamtgeschäftes der Salzburg AG ein. Das große Geschäft macht die Salzburg AG mit dem Handel an der Strombörse. Hier wurde das Geschäftsvolumen in den vergangenen zehn Jahren verfünffacht. Viele Abschlüsse an der Börse basieren aber auf dem UCTE-Mix, in dem 29 Prozent Atomstrom enthalten sind."

Abgesehen vom Atomstromanteil hat die GRÜNE Energiesprecherin auch noch andere Bedenken zum Thema Stromhandel: „Dieser Handel findet an den Börsen statt, dort geht es über Tages- und Termingeschäfte primär um Gewinnmaximierung und nicht um die Versorgung von Haushalten und Betrieben mit Energie. Bevor eine Kilowattstunde beim Verbraucher landet, ist sie drei Mal verkauft worden. Wohin diese Spekulationsgeschäfte an der Börse führen, haben wir bei der Finanzkrise gesehen, deren Folgen wir alle noch viele Jahre spüren werden", so Rössler, die für einen Ausstieg der Salzburg AG aus der derzeitigen Form des Stromhandels plädiert.

Mittelfristig werde sich Salzburg entscheiden müssen: „Wollen wir einen Energieversorger, der sich darauf konzentriert, die Salzburger Haushalte und Firmen mit Erneuerbarer Energie zu beliefern? Oder wollen wir einen international agierenden Stromhändler, der hemmungslos zu Atomstrom und fossilen Brennstoffen greift, Hauptsache der Euro rollt? Dieser Frage wird sich der Landtag stellen müssen."

Deutsche Demo-Revue 2010

24. April – 120 km Menschenkette

Mit einem täuschend echten „Castor-Transport" brachten Aktivisten von ausgestrahlt! *dutzende Atommüllfässer am 18. September zur großen Demonstration nach Berlin. Dort kippten sie sie dem Bundestag vor die Tür - kurz vor der Entscheidung über längere AKW-Laufzeiten. Der Transport war in Gorleben gestartet, wo die jetzige deutsche Regierung auch den Stopp der Vorregierung für die Untersuchungen des Salzstocks auf Endlagertauglichkeit aufgehoben hat und – nach einer schon langen Geschichte bisheriger Manipulationen der Expertenarbeit – nun diese Untersuchungen teils in die Hände der Atomunternehmen legen will! (Vgl. auch Gedicht, S. 5 – Bildquelle: http://www.ausgestrahlt.de/, 18.9.2010)*

Was für ein Tag, was für eine Aktion: 120.000 Menschen schließen die Anti-Atomkette auf 120 Kilometer zwischen den AKW Krümmel und Brunsbüttel. Nochmal 25.000 gehen in Biblis (AKW) und Ahaus (Brennelemente-Zwischenlager) auf die Straße. An allen Orten buntes Treiben und super Stimmung. Die Organisatoren hatten mit zehntausenden Menschen gerechnet - aber nicht mit der größten Demonstration der Anti-Atom-Bewegung! Eine echte KettenreAktion wurde so in Gang gesetzt gegen den „Ausstieg vom Ausstieg", die sich heuer in Deutschland in zahllosen Aktionen fortsetzte, mit riesiger Beteiligung an den Großdemonstrationen.

Ein breites Bündnis von Organisationen hat so die Karten neu gemischt: Kanzleramt, Umwelt- und Wirtschaftsministerium drohen sich auch nach dem Durchdrücken der Laufzeitverlängerung im Bundestag damit und mit der Aufhebung des Erkundungsmoratoriums am seit über 30 Jahren anvisierten Endlagerstandort Gorleben gehörig die Finger zu verbrennen.

50.000 begeisterte Menschen demonstrierten dann auch noch in München gegen die geplante AKW-Laufzeitverlängerung. „Es war ein sonniger Samstag, dieser 9. Oktober," schrieb der Rosenheimer Solarverein (RoSolar). „Punkt 15 Uhr reichten wir uns die Hände und spürten förmlich die Kraft der Menge. Eine 10 km lange Menschenkette von der CSU-Zentrale quer durch die Stadt bis zum Umweltministerium war entstanden. Zum Teil mit 10 Leuten je Meter! Jeder sprach und hörte nur ein Wort: ‚Abschalten.' Es war eine Bereicherung, dabei gewesen zu sein."

PLAGE TAGE BUCH

25. Mai 2010

Atom kompakt an der Uni Innsbruck

Informationsveranstaltung an der Universität Innsbruck am 25. Mai. Neben Dipl.-Ing. Manfred Doppler vom Oö. Antiatom-Komitee und Reinhard Uhrig von Global2000 referierte auch PLAGE-Sprecher Heinz Stockinger. Trotz dem langen Infoabend riß bei einigen Besuchern das Interesse einfach nicht ab. Der Student Omar Saad hatte ein abgerundetes Programm-Paket organisiert: Am Vorabend die Super-GAU-Doku „Der erste Tag", und kurz nach dem Infoabend eine Besichtigung des AKW Isar bei Landshut.

Innsbruck, am 19.6.10

Hallo!
Beim Kinoabend sind genau soviele gekommen, wie Plätze waren. („Der erste Tag", realistische Doku-Fiction von einem Super-GAU im tschechischen AKW Dukovany.) Es waren 84 Plätze und schätzungsweise noch 5 frei!!! War echt begeistert.*
Die Leute sind mücksmäuschenstill bis zum Ende des Abspanns drin gesessen. Man hat gemerkt, dass es die Leute fesselt.

Bei der Exkursion waren wir 27. Eigentlich auch eine gute Zahl, weil ALLE gekommen sind, die sich angemeldet haben. Die Exkursion hat eigentlich nur aus zwei Dingen bestanden. Erstens sind wir 2,5 St. bei einem PR-Menschen drinnen gesessen. Er war so positiv eingestellt, dass es unglaubwürdig wirkte. Er hat z.B. Atomkraft mit Autos als tolle Technologie verglichen. Und bei beiden hat man Opfer zugunsten dieser Technologie!!!
Die Leute haben sehr gute Fragen gestellt. Teilweise auf den Film und eure Vorträge bezogen. Und auch Argumente seinerseits haben sich aufgrund eurer Vorträge als halb oder unwahr herausgestellt, weil die Leute die richtigen Antworten im Kopf hatten. Genau durch die Vorträge hat er sich ins Unglaubwürdige geredet. Dann sind wir noch durchs Gelände mit gefahren und er hat uns mit vielen nichtssagenden Zahlen und (Bier und politisch unkorrekten) Witzen (wo niemand gelacht hat) bombardiert. Beim Kühlturm kurz ausgestiegen und paar Fotos gemacht. Das wars.
Er hatte vergessen!! zu erwähnen, dass Reaktor 1 eventuell noch dieses oder nächstes Jahr abgeschaltet werden sollte. Und dann hab ich ihn gefragt, wieso man den Reaktor 10 Tage im Februar ausschalten hat müssen. Er meinte, es wisse es nicht!!! Er hat dann beim Betriebsrat angerufen. Dann hat er die Antwort vor sich hingenuschelt und schnell das Thema gewechselt. Was er zugegeben hat (ich war verwundert!), war die Tatsache, dass der Reaktor in der Flugschneise vom Flughafen München steht. Dann haben die Leute angefangen zu fragen.
Sein Schlussfazit hab ich dann noch kaputt machen müssen, weil ich ihm diesen Triumph nicht lassen konnte. Ach ja, Müll im Meer versenken findet er grundsätzlich nicht so schlimm.

Schöne Grüße
Omar

** Nach welchem die Strahlenwolke mit einem herannahenden Unwetter nach Niederösterreich treibt. Der ORF hat den Streifen seltsam rasch von seiner Homepage genommen, und O. Saad konnte ihn für seine Vorführung an der Uni Innsbruck nur mit Mühe besorgen.*

8. – 9. Juli 2010

Konferenz des Slowenischen Biomasseverbandes:

Östereich atomfrei – wie? warum?

„Vor 24 Jahren: Österreich sperrt nagelneues Kernkraftwerk zu". Wie das zuging, wie das geschafft wurde und welche Folgen das für Österreich hatte, das sollte das Publikum der 9. Konferenz des Slowenischen Biomasseverbandes (SLOBIOM) von PLAGE-Obmann und „Zwentendorf-Veteran" Heinz Stockinger erfahren. Angesichts der Regierungsabsichten in Slowenien und Kroatien für einen zweiten Atomreaktor in Krško, sei dies wichtig zu erfahren, so SLOBIOM-Vorsitzende und Hauptorganisatorin Martina Sumenjak-Sabol. Dem Publikum schienen auch in der Tat geradezu die Augen überzugehen. Vom für den Standort Zwentendorf vernichtenden Gutachten der Geologischen Bundesanstalt, welches ganze zehn Tage vor der Volksabstimmung 1978 aus der Schublade auftauchte, bis zur Atommüllager-Suche in Absurdistan (China, Iran, Ägypten…), und natürlich, wie trotz Nicht-Erichtung von drei bis sieben AKWs, die heute in Österreich in Betrieb sein sollten, entgegen den Prophezeihungen die Lichter nicht ausgegangen sind: das und vieles mehr verblüffte die Zuhörer, darunter eine Reihe Energiefachleute und der Premierminister der ersten unabhängigen slowenischen Regierung, Lojze Peterle, über die Maßen.
Konferenzleiterin Sumenjak meinte in einem Mail nach der Konferenz gar, die „Präsentation war entscheidend für Slowenien." Ein wohl zu euphorischer Eindruck unmittelbar nach der Konferenz. Denn für die Regierungskräfte in Slowenien und Kroatien ist jedenfalls die Laufzeitverlängerung des bestehenden AKW Krško beschlossene Sache. Immerhin: möglicherweise besteht noch eine Chance gegen den Bau eines zweiten, größeren Blocks.

Lojze Peterle, erster Premierminister des unabhängigen Slowenien und jetzt Abgeordneter im EU-Parlament, mit Heinz Stockinger.

7./8. September 2010

ORF „Salzburg heute":

Interview vor der Silhouette von ISAR-1

Angesichts der immer heftigeren Auseinandersetzung in Deutschland interviewt der ORF-Salzburg PLAGE-Sprecher Stockinger zum Gefahrenpotential von des Nachbarn ältestem AKW, in Ohu an der Isar bei Landshut. Im ORF äußert sich dann auch LHF Gabi Burgstaller erstmals zur Frage der Katastrophenpläne...

22. September 2010

Generalversammlung der Ökostrombörse Salzburg

Nach der Berufung des bisherigen ÖSB-Präsidenten und Meteorologen Dr. Michael Staudinger an die Zentralanstalt für Geodynamik in Wien trat sein Nachfolger und Vorsitzender des Naturschutzbundes Salzburg (ÖNB), Univ.-Prof.Dr. Roman Türk, auf dieser GV nach kurzer Amtszeit wegen zusätzlicher universitärer Verpflichtungen wieder zurück. Bis den Vorsitz wieder jemand regulär übernimmt, ist Heidi Rest-Hinterseer nunmehr nicht nur Geschäftsführerin, sondern auch interimistische Vorsitzende. Die PLAGE „spendiert" die Kassierin, Erika Huber, nunmehr als Vertreterin des ÖNB (wo sieauch Mitglied ist), und besetzt nach dem Abgang des überaus engagierten Schriftführers Willi Resch (ÖNB) dessen Funktion mit Gerhild Kremsmair nach. → S. 8

PLAGE TAGE BUCH

Fortsetzung von S. 7

Als Vertreter von PLAGE und ÖNB kritisierten Heinz Stockinger und Hannes Augustin, daß die Salzburg AG (SAG) offenbar noch stärker mit Atomstrom Handel treibt als bisher. Ein STANDARD-Artikel hatte unter Berufung auf die E-Control erst unlängst darauf hingewiesen, daß der von MyElectric, der gemeinsamen 50:50-Tochter von TIWAG und SAG, v.a. an Großkunden verkaufte Strom zu 30% aus Atomstrom besteht. (> Vgl. „GRÜNE fordern ‚atomstromfreie' Salzburg AG", S. 5.) Stockinger auf der GV: „Aufgrund der Machtverhältnisse kann die SAG diese Handelspolitik auf absehbare Zeit ungestraft betreiben. Sie widerspricht aber jedenfalls der Richtschnur, die sich die PLAGE fürs Mitmachen in der Ökostrombörse gegeben hat: tendenziell müssen Atomstromimport und -transit bei der Salzburg AG eher sinken. Zuindest darf er nicht steigen!" Allmählich ist also die Schmerzgrenze der PLAGE erreicht und wird ihre Mitgliedschaft in der ÖSB eine auf Abruf.

20. Oktober 2010

Deutsche Atompolitik im Salzburger Landtag

Auf Einladung der SPÖ-Fraktion kommentiert PLAGE-Sprecher Heinz Stockinger in der gemeinsamen Landtagssitzung von Außenpolitischem und Umweltausschuß die von der deutschen Regierung beschlossene AKW-Laufzeitverängerung. Die Anträge von SPÖ und den GRÜNEN werden, in einem zusammengefaßt, einstimmig beschlossen. Die SPÖ hatte darin auch Vorschläge der PLAGE eingearbeitet: „Zugang zu den deutschen bzw bayerischen Evakuierungs- und Katastrophenschutzplänen" sowie „die Frage der Haftungen für mögliche Schäden bzw Katastrophen durch deutsche Anlagen abschließend zu klären und festzuschreiben". Die von der PLAGE diesbezüglich angeratene Stützung auf das strenge österreichische Atomhaftgesetz von 1999 wurde dabei allerdings nicht berücksichtigt.

ČZ-Umweltminister Drobil „macht sich lächerlich":

EU soll Atomenergie zu erneuerbarer Energiequelle erklären

Pavel Drobil von der ODS-Partei fuhr aber offenbar mit diesem Vorstoß, geplant beim Umweltministerrat der EU-27 Mitte Oktober, doch ins Leere. Was nicht heißt, daß er es nicht wieder probieren wird. Zumal er damit auf einer Linie mit Premier Petr Necas und Industrieminister Martin Kocourek ist.

Im Falle, daß Drobil in Brüssel noch Erfolg haben sollte – Frankreich stößt ja ebenfalls schon länger ins gleiche Horn –, dann würde Atomenergie denselben Status wie zB Windenergie erhalten und nicht bloß ihre indirekten Subventionen, sondern ganz offen finanzielle Beihilfen beanspruchen können.

Ex-Umweltminister Bedrich Moldan, heute Mitglied des Tschechischen Senats, der Tschechiens EU-Beitritt im Bereich Umwelt aushandelte, hält die Chancen für Drobils Vorschlag allerdings für null. „Uran ist keine erneuerbare Energieressource." Außerdem definiere das tschechische Gesetz „nur jene Quellen als erneuerbar, die sich selbst oder mit menschlicher Hilfe erneuern können." Für die tschechischen Grünen spottete Vorsitzender Ondrej Liska, Drobils Idee sei „eine großartige Methode, sich lächerlich zu machen". Der frühere grüne Umweltminister Martin Bursik fügte hinzu: „Falls die Regierung (Drobils) Vorschlag unterstützt", sei das ungefähr so realistisch, „als würde sie vorschlagen, für alle EU-Bürger ein Durchschnittsalter von 150 Jahren zu beschließen."

Der Greenpeace-Atomkoordinator für Ost- und Mitteleuropa, Jan Haverkamp, nennt Drobils Einstellung „die traurige tschechische Wirklichkeit von heute. Das läßt einen verstehen, daß es möglich war, daß Menschen den Unsinn der Kommunistischen Partei in diesem Teil Europas glaubten, oder Menschen Hitlers Haßreden als vernünftig empfanden. Aber es erklärt nicht, warum… Traurige Zeiten in der Tschechischen Republik. 1984 kommt einem in den Sinn – Orwells Neusprech… Und Kafka…"

(Quelle: Finanzzeitung Hospodarske Noviny, 13.9.2010)

Land Salzburg zu Temelin & Mochovce:

2 x Beschwerde bei EU wegen Verletzung der UVP-Rechte

Europäische Kommission
Herrn Janez Potocnik
Mitglied der Europäischen Kommission
für den Bereich Umwelt
Rue de la Loi 200
1049 Brussels
Belgium

Land Salzburg
Für unser Land!

Am 17.9. bzw 11.10.2010 (Zahl: 3-48/136-2010 und 3-48/145-2010) hat Salzburgs Umweltlandesrat Walter Blachfellner (SPÖ) bei EU-Umweltkommissar Janez Potocnik Beschwerden gegen die unzulässige Einschränkung der Rechte der Verfahrensteilnehmer" bei der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für das slowakische AKW Mochovce bzw das tschechische Temelin – jeweils die geplanten Reaktoren 3 & 4 – eingelegt. Jedes der beiden UVP-Verfahren „verletzt das geltende EU-Recht. Konkret ist es im Widerspruch zum Artikel 10a der UVP-Richtlinie 85/337/EWG," denn es ist „für die Verfahrensteilnehmer nicht möglich, eine gerichtliche Überprüfung des endgültigen UVP-Bescheides (...) zu veranlassen." Was die Temelin-Erweiterung angeht, wurde „diese Verletzung des EU-Rechts bereits vom EuGH (Eur. Gerichtshof) in seinem Urteil vom 10. Juni 2010 festgestellt." Es obliege „der Kommission als Hüterin der (EU-)Verträge", wegen dieser Verletzungen „ein Verfahren nach Art. 258 AEUV* einzuleiten."

Blachfellner ersucht „die Kommission, die Wahrung der Rechte der Salzburger Bevölkerung im gegenständlichen UVP-verfahren im Einklang mit der Richtlinie 85/337/EWG sicherzustellen und umgehend eine Klage" gegen die Tschechische bzw die Slowakische Republik „vor dem Europäischen Gerichtshof einzubringen."

* Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Lissabon-Vertrag, 2008)

Energie-Rätsel:

AUSGEFALLEN – Sprach-Raritäten

„Kurzumtriebsplantage"? Helfende Hinweise (auch wenn das Internet solchen Rätseln sowieso weitgehend das Kniffeln nimmt…):
…„Vattenfall (der Auch-Atom-Stromkonzern) setzt zunehmend darauf".
…„Ziel ist, so die CO_2-Bilanz der Kraftwerke zu verbessern."
…„Um das sogenannte Co-Firing entbrennen derzeit heftige Diskussionen."

Quelle: VDI-Nachrichten, 22.10.2010 (> Auflöung Seite 11, Spalte 3)

Unterstützungserklärungen fürs EURATOM-Volksbegehren

Es sind bei den Initiatoren in OÖ etwas mehr als die 8.032 gültigen Unterstützungserklärungen eingelangt, welche für die tatsächliche Einleitung eines Volksbegehrens bzw für die Festsetzung einer Eintragungswoche erforderlich sind. Die Überprüfung (der Gültigkeit), Auswertung und Registrierung der Erklärungen einschließlich Ausscheidens der ungültigen hat bei atomstopp_oberösterreich laut dortiger Aussage einen Großteil des Sommers beansprucht.

In der PLAGE ist die Meinungsbildung zur Frage „Wie weiter?“ noch nicht abgeschlossen. Hauptfrage: Reicht das Ergebnis, um den nötigen Schwung für ein beeindruckendes Votum in einer VB-Eintragungswoche erwarten zu können?

Allen Unterstützer/inne/n herzlichen Dank für ihre Mühe und Engagement!

Steffi und Thomas Neff in Südengland an den Klippen von Land´s End. Die beiden „PLAGE-Geister“ wollen damit sagen: „Unser RAUS-AUS-EURATOM-Volksbegehren sollte von Österreich aus auch auf andere Länder übergreifen.“

Sonntag 13.6.2010, Gaisberg-Gipfelkreuz, PLAGE-Aktivisten und Sympathisant/inn/en bei Protest-Sternwanderung gegen 380kV-Trasse des Verbund, zu der u.a. Salzburgs Bürgermeister Heinz Schaden aufgerufen hatte.

Atompropaganda benutzt WM-Fußballer ohne Einverständnis – DFB distanziert sich von Atom-Kampagne

Eine Weltmeisterschafts-Kampagne des Deutschen Atomforums (Haupt-Propagandaverein der deutschen Atomwirtschaft) ließ beim Deutschen Fußball-Bund (DFB) die Drähte glühen. Die Kampagne, die mit anbiedernden Sprüchen an die Fußballnation von der WM-Stimmung in Südafrika profitieren wollte, wollte der DFB umgehend entsorgt sehen und forderte eine Unterlassungserklärung.

„Der Deutsche Fußball-Bund distanziert sich von einer Werbekampagne des Deutschen Atomforums e.V., die in veröffentlichten Anzeigen eine Parteinahme des DFB für die weitere Nutzung der Kernkraft suggeriert", hieß es beim Verband in Frankfurt. "Die Kampagne war weder mit uns abgesprochen noch durch uns in irgendeiner Form autorisiert“, sagte DFB-Präsident Theo Zwanziger.

Der Text der Anzeigen suggerierte eine Verbindung zwischen den Leistungen der deutschen WM-Elf und dem Anliegen des Atomforums. Der DFB forderte deshalb das Atomforum auf, die Kampagne sofort zu stoppen.

Stein des Anstoßes: Die Anzeige des Deutschen Atomforums

plage echo

14.6.2010

Lieber Heinz, lieber Thomas!
Danke für gestern am Steigenberg!
Die Aktion war super! 45 Leute waren prowind da! Sonst auch noch einige, eigentlich nur positiv!
lge

Steigenberg, Tag des Windes, 13.6.10, Aktion von Thomas Neff (PLAGE) am höchsten Punkt des Kobernaußer Waldes (Oberösterreich) zur Werbung für Unterstützungserklärungen zugunsten des RAUS-AUS-EURATOM-Volksbegehrens.

Elfi Salletmair, Aktion ProWind, laufende Petition, um Bundesregierung und Parlamentsmehrheit aus ihrer Lauheit in Sachen Windkraft zu reißen.
(> PN-Beilage!)

Auf http://www.sonnenzukunft.at/ gibt es eine Petition für mehr Sonnenstrom in Österreich zu unterschreiben! Bitte den Link auch im persönlichen Umkreis weiterverbreiten.
ProWind-Petition unter www.pro Wind.at

Von: Inge Schmitz-Feuerhake
[mailto:ingesf@uni-bremen.de
Montag, 10. Mai 2010
An: PLAGE
Betreff: Anfrage wegen DU

Liebe Freunde,
vielen Dank, dass ich immer die anregende Zeitung von Euch bekomme!
Eine Östereicherin hat sich an mich gewandt, da sie besorgt ist wegen Ihres Mannes, der als Soldat im Kosovo war. Hat sich von Euch jemand mit den Gefahren durch angereichertes Uran beschäftigt oder kennt Ihr vielleicht eine Selbsthilfegruppe von Kriegsveteranen, die sich darum kümmert. Der Ehemann hat keine Beschwerden, es geht darum, ob dort wo er eingesetzt war, ein besonderes Risiko bestand.

Beste Grüße
Inge Schmitz-Feuerhake
Gesellschaft für Strahlenschutz e.V.

Britischer Atommüll sorgt für Milliardenloch im Energieministerium

Der neue Energieminister Huhne, erklärter Kritiker der Atomenergie, kritisiert, dass man nun die Rechnung für den angeblich billigen Atomstrom erhalte.

Die Labour-Regierung hatte eine Renaissance der Atomenergie angestrebt. Man beabsichtigte, dass mindestens 10 neue Atomkraftwerke, die von den französischen Konzernen Areva und EDF, dem US-Konzern Westinghouse und den deutschen RWE und E.On gebaut werden sollen, keine staatlichen Gelder beanspruchen dürfen. Aufgrund von Sicherheitsmängeln bei den neuen Reaktortypen (EPR) ist die Entwicklung aber ins Stottern geraten.

Nach dem Regierungswechsel könnte es für neue Atomkraftwerke schlechter aussehen. Die Liberaldemokraten sind gegen neue Atomkraftwerke, die Konservativen dafür. Energieminister ist der Liberaldemokrat Chris Huhne, der schon zu Beginn seiner Amtszeit über ein 4-Milliarden-Pfund-Loch gestolpert ist, das sich ab 2011 aufgrund von Kosten zur Atommüllentsorgung und dem Abbau von Kraftwerken auftut. Die Labour-Regierung, die auf Atomenergie setzte, scheint die Kosten in die Zukunft verschoben zu haben. In diesem Haushaltsjahr ist das Budget der zuständigen Nuclear Decommissioning Authority (NDA) noch ausgeglichen, berichtet der Guardian, 2011 klafft bereits ein Defizit von 850 Millionen, 2012 von 950 Millionen und 2013 sowie 2014 von jeweils 1,1 Milliarden.

Bislang sind die Kosten für die Entsorgung des Atommülls immer deutlich höher als geplant gewesen. Es kann also noch weitaus schlimmer kommen. In Zeiten, in denen gespart werden muss, ist das Defizit für die neue Regierung sehr unerfreulich und dürfte vermehrt Zweifel wecken, ob die Atomenergie so günstig ist, wie dies von der Labour-Regierung versprochen wurde. Huhne sprach von einem „existenziellen Problem": „Die Kosten sind so hoch, dass mein Ministerium kaum mehr das Ministerium für Energie und Klimawandel ist, sondern das für das nukleare Erbe und Bruchstücke anderer Dinge." Die Labour-Regierung plante ein Endlager und schätzte die Kosten dafür auf 18 Milliarden Pfund. Einen Ort gibt es bislang noch nicht dafür. Erst einmal sollte auf Jahrzehnte hinaus der Atommüll auf dem Kraftwerksgelände gelagert werden.

Huhne sagte auch, dass man nun für „Jahrzehnte billigen Atomstroms" zahlen müsse, für die man nachträglich eine gewaltige Rechnung erhalten habe. Im Grunde sei es eine Altlast, die bis zurück in die 1970er Jahre reicht. Man habe sich um die Entsorgung des Atommülls nicht gekümmert, moniert Huhne: „Ich kann mir kein besseres Beispiel dafür vorstellen, wie man kurzfristig keine Entscheidung trifft, dem Steuerzahler damit aber langfristig sehr viel aufbürdet."

Der Minister, der nicht für Atomenergie ist, sprach sich jetzt zwar nicht explizit gegen deren weiteren Ausbau aus, forderte aber, dass man für neue Reaktoren wasserdichte Verträge machen müsse, um zu verhindern, dass doch wieder Kosten für den Staat entstehen.

Ja zu Windenergie

„Ich finde es nicht richtig, der Errichtung von Windkraftanlagen ‚Landschaftsverschandelung' zuzuschreiben. Kann sich jemand überhaupt noch das Aineck oder das Speiereck ohne Liftstützen, Liftseile, Gipfelstationen, ausgebaute Almhütten und Bergrestaurants samt riesigen Abfahrtsschneisen im Wald vorstellen? Alle Gäste sehen und brauchen auch die Autobahn im Zederhaus- und Flachautal mit gewaltigen Tunnelportalen und endlosen Autoschlangen, und die Hochspannungsleitungen am Grat zum Windsfeld und Lungauer Lanschfeld, die teilweise sogar durch Landschaftsschutzgebiet führen. Wen stört es heute, dass unzählige Flugzeuge auf unserem Himmel Streifen ziehen oder Salzburger Siedlungsgebiete lärmend und luftverschmutzend überfliegen. Ich höre oft beim Schifahren von Urlaubern und Einheimischen (auch ÖAV-Mitgliedern), dass sie gerne mit Windstrom auf einen Berg gondeln und auf die Abhängigkeit und Auswirkungen von Atomstrom verzichten möchten. So stelle ich mir nachhaltiges Wirtschaften im Tourismus in unserer Biosphärenregion in naher Zukunft vor. Wenn jemand Windräder nicht mag hat er vielleicht lieber betonierte Staudämme in Flüssen und Tälern. Dass es Anhänger von importiertem Atomstrom gibt, weiß ich. Aber diesen Leuten sollte man zumindest eine gezielte Anti-Windpropaganda nicht abnehmen. Also Vorsicht am Stammtisch! Man sollte eher denen glauben die es ehrlich mit den Menschen, Gott und der Welt meinen!"

Mag.rer.nat. Willibald Resch, Tamsweg

LESERBRIEF AN SN

Klimatolerantes Edelweiss gesucht!

Unsere Familie ist vor vielen Jahren einem Verein beigetreten, der nach eigener Satzung dem Natur- und Umweltschutz verpflichtet ist – dem Alpenverein. Wenn nun der Präsident im Editorial des aktuellen Mitgliedermagazin berichtet, dass wir bis zum 21.8. des Jahres sämtliche uns für dieses Jahr zustehenden Ressourcen verbraucht haben, dann stimmt das wirklich betroffen. Noch betroffener stimmt es aber, wenn Herr Seifert (vom selben Verein) in den SN vom 1.9. gegen die Nutzung der schadstofffreien Ressource Windenergie im alpinen Raum mobil macht. Wenn als einzige Lösung der Klimaproblematik eine „nationale Klimawandelanpassungsstrategie" (Seifert im aktuellen Mitgliedermagazin) übrig bleibt, wenn wir die Berge frei von Windrädern, die Flüsse frei von Wasserkraftwerken und bewohnte Gebiete frei von Biogasanlagen halten, dann gehen wir einer wunderbar strahlenden Zukunft entgegen. Und einen solchen Verein möchte ich mit meiner Familie nicht länger unterstützen.

Peter Stiegler, Finkleiten 8, A-5203 Köstendorf bei Sbg.

EU – EURATOM

ITER wird immer teurer

Forderung, das Projekt zu stoppen / Erneuerbare Energie statt Fusionsforschung

Die Baukosten für ITER steigen immer weiter. Der Fusionsreaktor wird bei Cadarache in Südfrankreich gebaut, aber ein Fertigstellungsdatum ist nicht in Sicht. Nach den aktuellen Prognosen wird ITER mittlerweile dreimal teurer als prognostiziert. Ursprünglich sollte die Anlage 5 Mrd. Euro kosten und 2018 in Betrieb gehen. Aktuell geht man von

mindestens 15 Mrd. Euro Baukosten und einer Fertigstellung „frühestens 2026" aus.
Als Gründe für dieses Desaster werden Preiserhöhungen bei den Rohstoffen, inbesondere den Metallen, und eine zu wenig ausgereifte ursprüngliche Planung genannt. Wegen der hohen Kosten und weil der Fusionstechnologie auch große Symbolfunktion als erhoffte „unerschöpfliche Zukunftsenergie" zugesprochen wurde, wurden zudem viele Projektpartner mit ins Boot geholt. Folge sind die zähen Abstimmungsprozesse der Beteiligten China, EU, Indien, Japan, Korea, Russland und USA, die weiter zu Verzögerungen führen.
Angesichts des immensen technischen Aufwands und der langen Projektierungs- und Bauphase für den Versuchsreaktor mehrt sich die Kritik an der Fusionsforschung insgesamt. Mittlerweile ist nicht mehr nur die Frage, ob Fusion zur Energieversorgung technisch überhaupt möglich ist, sondern ob sie noch wünschenswert ist. Denn die Entwicklung geht bereits weg von der Zentralisierung, in Richtung dezentrale, mehr regenerativ gespeiste Energieversorgung. Und damit steht die Frage im Raum, ob die Forschungsgelder für ITER nicht doch besser in den zeitnahen Aufbau einer flexiblen, regenerativen Energieversorgung investiert werden sollen.

(Quelle: Telepolis, 1.6.2010)

atomstopp atomkraftfrei leben!
13.07.2010

Wie kann der Rat für Landwirtschaft über so ein Thema entscheiden?

Roland Egger
atomstopp – www.raus-aus-euratom.at

Rebecca HARMS
[mailto:rebecca.harms@europarl.europa.eu],
13.07.2010

Lieber Herr Egger,

Die Abstimmung über die ITER-Finanzierung war ein sog. „A-Item" - eine Abstimmung ohne Debatte. Eigentlich wäre der Wettbewerbsrat für das Thema zuständig, bis zu dessen nächster Sitzung hätte es aber zu lange gedauert. Die Entscheidung sollte schnell erfolgen, daher hat quasi "stellvertretend" der Rat für Landwirtschaft abgestimmt.
Ein solches Verfahren ist zwar ungewöhnlich, aber möglich.

Beste Grüße aus dem Büro Harms,
Franziska Zentner

PRESSEDIENST R. HARMS (GRÜNE)
Brüssel, EU-Parlament, 12. Juli 2010

Fusionsforschung: ITER-Finanzierungslücke gefährdet wichtige EU-2020-Projekte

Der Rat für Landwirtschaft entschied heute ohne Debatte über die künftige Finanzierung des Atomfusionsprojekts ITER. Rebecca Harms, Vorsitzende der Grünen/EFA-Fraktion im europäischen Parlament, erklärt dazu: „Die heutige Entscheidung, das ITER-Projekt weiterhin voll zu unterstützen, beweist eindrucksvoll die Unfähigkeit, getroffene Entscheidungen zu überdenken und neuen Situationen anzupassen. Alles spricht für eine Kehrtwende: Die erwarteten Baukosten haben sich noch bevor die Bauaktivitäten wirklich begonnen haben verdreifacht. Die Atomfusion wird in den kommenden Jahrzehnte keinen Beitrag zur Stromversorgung der EU leisten können - vielleicht auch niemals. Mehrere Studien haben in diesem Jahr gezeigt, dass Erneuerbare Energien bis 2050 den gesamten Energiebedarf der EU decken können. Die Atomfusion wird bis dahin nicht kommerziell betrieben werden, sie ist somit irrelevant für die europäische Energiezukunft.
Noch dazu fordert der Rat, die Kommission solle die ITER-Finanzierung zu Lasten anderer, relevanterer Projekte der EU-2020-Strategie sicherstellen.
Um 2012 und 2013 die Finanzierungslücken des ITER-Projekts zu stopfen, sollen 1,4 Mrd. Euro umgeleitet werden, die u.a. für Programme für Bildung, Armutsbekämpfung, Innovation, nicht-nukleare Forschung, Verkehrs- und Energienetze vorgesehen waren. Auch die Kommission steht solchen Umschichtungen skeptisch gegenüber.
Die günstigste Antwort auf das Finanzierungsdilemma ist die Beendigung des Projektes noch bevor die Hauptbauaktivitäten beginnen. Diese Option hat der Rat jedoch nicht in Betracht gezogen.
Die heutige Entscheidung zeigt einmal mehr den Mangel an Demokratie in europäischen Atomentscheidungen. Trotz der gravierenden Auswirkungen auf den EU-Haushalt fiel diese Entscheidung ohne Debatte im Rat, ohne Anhörung des Parlaments und ohne angemessene Information der Öffentlichkeit. In der anstehenden Haushaltsdebatte muss das Parlament die Ziele der EU-2020 Strategie verteidigen und eine einseitige Ausrichtung der Forschung auf die Fusionsenergie verhindern."

VER·SAGER

„Die ‚Brückentechnologie' wird die Guillotine für die erneuerbaren Energieträger."

Ernst SCHEIBER im Leitartikel von „ökoenergie", der Zeitschrift des Biomasseverbandes, Ausgabe Okt. 2010, zu BK Merkels und anderer „Gewäsch von der Atomenergie als ‚Brückentechnologie'" in der deutschen Ausstieg-vom-Ausstieg-Debatte. Denn „nach der Laufzeitverlängerung für die AKW wird der Generalangriff der Stromversorgungsmonopolisten – mit prallem Geldbeutel: satte 80 Milliarden Euro werden sie abcashen – auf das Erneuerbare-Energien-Einspeisegesetz (EEG) erfolgen. Ein Trommelfeuer gespickt mit Inseraten sonder Zahl...".

Energie-Rätsel: Auflösung

Auflösung von Seite 8

„Kurzumtriebsplantage":
Anpflanzung schnell wachsender Bäume oder Sträucher; Ziel: innerhalb kurzer Zeit Holz als nachwachsenden Rohstoff zu produzieren. Auch „Energiewald", falls ausschließlich zur Energieerzeugung.

BÜCHER von HERMANN SCHEER:

Wie ein letzter Wink von Hermann Scheer ist soeben sein neues Buch

„Der energethische Imperativ" –100% jetzt"

erschienen.

Nie war eine Inventur der Energiedebatte nötiger als heute. Über wohlfeilen Sympathiebekundungen für Erneuerbare Energien, über der Diskussion um „Jahrhundertprojekte" wie Desertec und „Brückentechnologien" (Atomkraft…) droht das wahre Ziel aus den Augen zu geraten: 100% jetzt.
Beschleunigung des Umstiegs ist daher das Kernthema von Hermann Scheers neuem – und nunmehr letztem – Buch. Er leuchtet hinter den Scheinkonsens, der auch Teile der Umweltbewegung erfaßt hat. Er zeigt die wahren Konfliktlinien auf, nennt die Bremser und Blockierer beim Namen. Vor allem aber bietet Scheer eine realistische Bilanz der verschiedenen Konzepte. Und er beschreibt Schlüsselprojekte, die den Wechsel zu 100% Erneuerbaren Energien beschleunigen und neue atomare und fossile „Brücken" dahin überflüssig machen. Ein unverzichtbares Buch, das Mut macht, die Dynamik des Wechsels endlich als umfassende wirtschaftliche Chance zu begreifen, als ökonomischen wie ethischen Imperativ.

Verlag Antje Kunstmann, München, 2010, 270 Seiten, 19,90 Euro.

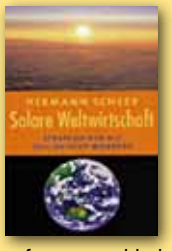
EnergieAutonomie – eine neue Politik für Erneuerbare Energien

Der Wechsel zu Erneuerbaren Energien ist ein Wettlauf mit der Zeit - aus ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen.

Die Ablösung atomarer und fossiler Energien kann jedoch weder über die globale Energiewirtschaft noch über globale Verträge kommen.
Der archimedische Punkt ist "Energieautonomie" - als politisches, technologisches und wirtschaftliches Konzept, das eine weltweite Dynamik in Gang setzen kann.

Verlag Antje Kunstmann, München, 2005, 320 Seiten

Solare Weltwirtschaft



Nur eine Weltwirtschaft, die auf Erneuerbaren Energien fußt, kann langfristig die Selbstzerstörung aller Wirtschafts- und Lebensformen verhindern. In diesem in zwölf Sprachen übersetzten Buch zeigt Hermann Scheer gangbare Wege in eine ökologische Moderne auf und entwickelt eine politische Ökonomie für ein solares Zeitalter. Scheer erläutert in diesem Buch eindringlich und anschaulich die Notwendigkeit und Machbarkeit, die Nutzung fossiler Ressourcen zur Energieerzeugung umfassend durch erneuerbare Quellen abzulösen.

Die Politiker

„Scheer warnt vor der endgültigen Aufgabe der politischen Gestaltungsfreiheit an ein ökonomisches Prinzip. 'Das wirtschaftliche Liberalisierungsprinzip macht die demokratischen Institutionen zu Kolonialverwaltungen des Marktes'. Es sei der grundlegende Fehler und das wesentliche Versagen der Gegenwart, die Welt dem Fundamentalismus eines Wirtschaftsdogmas zu unterwerfen und gewählte Parlamente zu untergeordneten Behörden von „Binnenmarkt- und Wettbewerbskommissaren" zu machen.
Hermann Scheer will, dass sich 'die Politiker' wieder ihre Freiheiten zurückerobern – im Namen des Volkes."
Cathrin Kahlweit, Süddeutsche Zeitung
„Auf die Hörner nimmt Scheer die 'Leitleerformeln und Gegenwartslegenden' von der 'Neuen Mitte' bis zur 'Konsensgesellschaft'. Sein Fazit: 'Wer nur konsensfähig ist, ist nicht konfliktfähig – und damit in Kernfragen auch nicht politikfähig.' Genüsslich zitiert Scheer Herbert Wehner, der das Bemühen um einen Formelkompromiss so kommentierte: 'Ihr seid hier bei dem Versuch, aus Scheiße Schokolade zu machen. Die Farbe kriegt ihr hin, aber der Gestank bleibt.' Scheer will aber nicht Staub aufwirbeln, auch nicht der üblichen Politikerbeschimpfung eine weitere im Stile einer Selbsbezichtigung hinzufügen. Er will vielmehr die Mechanismen bloßlegen, die die Demokratie bedrohen."

Hermann Zoller, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di, eine der größten Gewerkschaften der Welt)

Antje Kunstmann Verlag, München, 2003, 240 Seiten

Weitere Besprechungen von „Die Politiker" *unter: http://www.hermannscheer.de/de/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=9&Itemid=103*

Just am Tag nach der Todesnachricht kam die neue Ausgabe der Zeitschrift von EUROSOLAR, mit also dem letzten der regelmäßigen Leitartikel von ihrem Begründer Hermann Scheer:
Solarzeitalter – Politik, Kultur und Ökonomie Erneuerbarer Energien.

Die Mitglieder sind herzlich eingeladen zur

PLAGE-Hauptversammlung

am Freitag, 10. Dezember 2010 um 16.00 Uhr

„Haus der PLAGE", Nonntaler Hauptstr. 86, 2. St.*

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Obmann, Feststellen der Beschlußfähigkeit, Genehmigung der TO.
2. Bericht des Obmanns (mit Streitfrage…)
3. Bericht des Kassiers und der Rechnungsprüfer
4. Diskussion der Berichte
5. Neuwahl des Vorstands und der Rechnungsprüfer
6. Diskussion und Abstimmung etwaiger Anträge an die HV.**
7. Allfälliges

* Jung Alpenland stellt uns seinen Raum gratis zur Verfügung. Vielen Dank!
** Lt. Satzung schriftl. einzubringen bis spätestens 8 Tage vor der HV.

Pb.b. Erscheinungsort Salzburg, 02Z031966
Verlagspostamt 5020 Salzburg, DVR 0781665

Die Plage News (PN) erscheint mindestens 3-4 mal pro Jahr, die genaue Zahl und Erscheinung variieren aber aufgrund von Aktionen, Neuigkeiten, Belastungen usw.

P L A G E
Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE).
Homepage: www.plage.cc

I M P R E S S U M

PLATTFORM NEWS

Alleineigentümer, Herausgeber, Verleger: Verein Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE). Verlagsort: 5020 Salzburg. Redaktion: Heinz Stockinger, Peter Machart, Maria Fellner, Thomas Neff. Vereinsadresse, Redaktion: 5020 Salzburg, Nonntaler Hauptstraße 86, Tel. und Fax 0662/643567. Bürozeiten: Mo–Do 9 – 13 Uhr, Fr 9 – 12 Uhr, e-mail: info@plage.cc. Blattlinie: Zeitschrift zur Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie und des Einstiegs in humane, umweltfreundliche Energiealternativen. Herstellung: Bubnik-Druck, Ebenau